



2. Landeshauptmannstellvertreterin
Mag.^a Ingrid Felipe

Scientists for Future
Tirol und Vorarlberg

Initiative Nachhaltige Universität
Innsbruck (INUI)

Austrian Biologist Association –
Regionalgruppe Westösterreich

Geschäftszahl – bei Antworten bitte angeben

COR-7/178-2020

Innsbruck, 23.04.2020

Sehr geehrte Damen und Herren!

Herzlichen Dank für Ihren offenen Brief „Wann, wenn nicht jetzt?“ an die Tiroler Landesregierung. Als zuständige Referentin für Klimaschutz und Nachhaltigkeit werte ich Ihren eindringlichen Appell für konsequentes Handeln zur Bekämpfung der Klimakrise als große Unterstützung für meine bisherigen und kommenden Bemühungen in dieser Frage.

Sie fordern völlig zu Recht, dass wir als politische VerantwortungsträgerInnen die Erfahrungen und das Gelernte aus der aktuell noch laufenden Aktivitäten zur Bekämpfung der COVID-Krise und ihrer Folgeerscheinungen auf die Herausforderungen zum Umgang mit dem ungebremsst fortschreitenden Klimawandel umlegen. Dabei scheinen mir folgende Erkenntnisse essentiell:

Die Warnungen der Wissenschaft müssen ernst genommen werden!

Heute wissen wir, dass ein chinesischer Mediziner, der bereits im Dezember 2019 vor der Aggressivität des Coronavirus gewarnt hat, Recht behalten hat. Leider wurden dessen Warnungen nur unzureichend gehört und ernst genommen.

Diesen Fehler dürfen wir in Bezug auf den Klimawandel nicht wiederholen. Sie und die meisten Ihrer FachkollegInnen warnen uns eindringlich davor, die Belastung der Ökosysteme durch die vorherrschenden ausbeuterischen Wirtschaftsweisen fortzusetzen und drängen fachlich fundiert darauf, konsequente und dringliche Maßnahmen gegen weitere Beeinträchtigung von Luft, Wasser, Boden und Klima zu setzen. Es ist unsere politische Verantwortung, diese Warnungen

und Vorschläge aufzunehmen und aufzugreifen, denn gute politische Entscheidungen brauchen als Grundlage die Inputs von ExpertInnen.

Höchste Achtsamkeit in Bezug auf Grund- und Freiheitsrechte!

In der Bewältigung einer akut gewordenen Krise ist es erforderlich, durch drastische Eingriffe in die persönlichen Rechte von BürgerInnen die Gesundheit aller sowie das Gemeinwohl weitestgehend zu schützen. Dabei ist es unerlässlich, auf die demokratische Legitimation der gewählten Maßnahmen und Aktionen zu pochen, um die Akzeptanz der Betroffenen zu gewährleisten. Massiv einschränkende Notverordnungen können und dürfen nicht zum dauerhaften Rechtsbestand in einer liberalen Demokratie werden, deswegen gilt es, die demokratischen Prozesse zur Reglementierung von Gesellschaft und Wirtschaft zuzulassen, allerdings jedenfalls zu beschleunigen.

Gesamthafte Folgenabschätzung für das soziale Gefüge!

Die bisherigen Entwicklungen in der COVID-Krisenbewältigung zeigen sehr deutlich, dass durch die dringlichen Maßnahmen bestehende Ungleichheiten verschärft werden. So treffen sowohl die Erkrankung als auch die Eingriffe in den „gewohnten Alltag“ vor allem verletzbare Bevölkerungsgruppen wie Betagte und Kinder, finanziell und strukturell schlechter Abgesicherte und vor allem Frauen besonders hart.

Im Kampf gegen die Klimakrise muss unbedingt sichergestellt werden, dass alle Bewältigungsstrategien geeignet sind, sowohl die ökologischen und klimarelevanten Ziele zu erreichen wie auch sozio-ökonomische Unterschiede zu reduzieren. Wie auch viele von Ihnen zurecht fordern, braucht es eine sozial-ökologische Transformation unseres Gesellschaftsmodells und unserer Wirtschaftsweise.

Eindeutige Maßnahmen, klare Kommunikation!

So wie wir als politische EntscheidungsträgerInnen in der Bewältigung der COVID-Krise auf die Mitwirkung der Bevölkerung angewiesen sind, kann auch der Umgang mit dem Klimawandel nur in einem gemeinsamen globalen Kraftakt geschafft werden. Dazu ist es erforderlich, dass die notwendigen Maßnahmen auf Basis von fachlicher Expertise unter Berücksichtigung der Wechselwirkung unmissverständlich formuliert und konsequent kommuniziert werden. Dabei darf nicht vergessen werden, dass der aktuelle Wissens- und Bewusstseinsstand der Bevölkerung Anknüpfungspunkt der Botschaften sein muss. Diese Verantwortung teilen wir als PolitikerInnen mit Ihnen sowie insbesondere mit JournalistInnen und der Medienwelt.

Solidarität und Kooperation statt dominanzorientiertem Konkurrenzverhalten!

Das aus meiner Perspektive wichtigste Learning aus den vergangenen Wochen der Krisenbewältigung ist jenes, dass sich der Mensch in spürbarer und realisierter Not auf die optimale Überlebensstrategie, die Kooperation, rückbesinnt. In den ersten Tagen der großen Verunsicherung ist es gelungen, parteipolitische und weltanschauliche Unterschiede weitestgehend dem gemeinsamen Ziel, der Bewältigung der akuten Gesundheitskrise unterzuordnen und eine Welle der Solidarität ging durch unser Land. Viel zu schnell ist diese wieder abgeebbt und daher ist es dringend geboten, auch dafür nicht nur emotionale

Bekenntnisse, sondern rationale Erklärungen für die strategische Notwendigkeit von Solidarität und Kooperation als grundlegende Haltung in der Bekämpfung des Klimawandels bereitzustellen.

Basierend auf diesen Erkenntnissen schließe ich mich den vielstimmigen internationalen Forderungen nach der Entwicklung eines Green Global Marshallplans zur Erschaffung eines verbesserten, weil klimafitten und krisenfesten Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells an.

In Tirol hatte ich die Neufassung der Tiroler Nachhaltigkeitsstrategie sowie der Tiroler Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsstrategie bereits vor der Corona-Zäsur in Vorbereitung. Die aktuellen Entwicklungen und die gebotenen Chancen haben mich dazu bewogen, die Aufgabenstellung zu adaptieren und ich freue mich, dass wir in Bälde in den Erarbeitungsprozess starten können. Dazu war jedenfalls geplant, die von mir sehr geschätzte fachliche Expertise Ihrer Organisationen und Institutionen einzuholen und ich bedanke mich nochmals, für Ihre bereits erfolgte und weiterhin angebotene Unterstützung!

Mit herzlichem Gruß



Mag^a Ingrid Felipe

Landeshauptmannstellvertreterin